

5. Mai 1970: Information des KGB an das ZK der KPdSU über den vom Staatssekretär im Bundeskanzleramt, E. Bahr, an das Auswärtige Amt der BRD gesendeten Bericht über seine Verhandlungen in Moskau am 3. und 6. Februar 1970*

Streng geheim

Wir fügen hier die vom Staatssekretär im Bundeskanzleramt der BRD, Bahr, an das Auswärtige Amt der BRD gesendeten Berichte über seine Verhandlungen in Moskau am 3. und 6. Februar¹ d. J. bei.

In den Berichten erscheint Bahrs Bestreben interessant, den Eindruck zu erwecken, als wäre die sowjetische Seite außerordentlich am Erreichen eines Abkommens über die Nichtanwendung von Gewalt interessiert und würde in diesem Zusammenhang bei den Verhandlungen Zuvorkommenheit und Verständnis gegenüber der Position der Regierung der BRD in den angesprochenen Fragen zeigen, obwohl sie diese in einigen Fällen ablehne. So habe, Bahrs Worten zufolge, die von ihm verwendete „Formel, nach der ein Gewaltverzichtsvertrag die Achtung der Grenzen vorsieht, und ein Friedensvertrag diese bestätigt, Gromyko ganz gut gefallen“. An einer anderen Stelle betont er, dass die sowjetische Seite zwar die Erwähnung der Wiedervereinigung in irgendwelchen Dokumenten ablehne, dieses Ziel aber gleichzeitig als legitim anerkenne. „Es war erstaunlich“, berichtet Bahr, „dass Gromyko dem von mir dargelegten Standpunkt in der Frage unserer Verbindungen zu Berlin nicht widersprach“.

Bahr möchte offensichtlich seine diplomatischen Fähigkeiten betonen und weist deshalb in einem seiner Berichte darauf hin, dass „die sowjetische Seite wohl kaum gemerkt hat, dass unsere Formulierung von der Achtung der Grenzen durch die Bundesregierung nur diese bindet, die Regelung der Grenzfrage mit einer gesamtdeutschen Regierung auf Grundlage eines Friedensvertrags jedoch nicht vorgreift“.

Im Bericht über das Gespräch mit Gen. A. A. Gromyko am 6. Februar d. J. kommt Bahr zu dem Schluss, dass es möglich wäre, mit der Sowjetunion einen Vertrag über den Gewaltverzicht abzuschließen bei „voller Wahrung unserer Standpunkte, d. h. ohne völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch uns“. Seiner Meinung nach wäre es möglich, einen solchen Vertrag relativ schnell abzuschließen, dies solle man jedoch seiner Meinung nach nicht tun, denn in diesem Fall würde es der DDR „noch verhältnismäßig großen Raum zur Obstruktion bieten“.

Aus Bahrs Berichten ist ersichtlich, dass das Auswärtige Amt der BRD die Amerikaner, insbesondere den US-Botschafter in Moskau, detailliert über die sowjetisch-westdeutschen Verhandlungen bezüglich des Abschlusses eines Vertrags über den Gewaltverzicht informiert.

Dem Außenministerium der UdSSR zur Kenntnis gebracht.

Anlage: 18 Blätter.

Der Vorsitzende des Komitees für Staatsicherheit

Andropov²

* RGANI, F. 5, op. 62, d. 695, S. 62f. – Briefkopf: „UdSSR, Komitee für Staatssicherheit beim Ministerrat der UdSSR, 5. Mai 1970, Nr. 1200-A, Moskau.“ Eingangsstempel: „ZK der KPdSU, 14734, 6. Mai 1970, obliegt der Rückgabe an die Allgemeine Abteilung des ZK der KPdSU, hs.: 1-st.“ Am linken Seitenrand: eine nicht sichtbare hs. Notiz und 4 Unterschriften: Suslov, Katušev, zwei unleserlich.

¹ Berichte vom 6. Februar 1970 sind abgedruckt in: AAPD 1970, Dok. 38, S. 164-166; Dok. 40, S. 170-174.

² Hs. unterzeichnet.

Bericht Nr. 5
(4. Februar 1970)*

I

Gromyko begann das Gespräch mit einer Bemerkung darüber, dass wir, wie er hoffe, die Bedeutung der Grenzfrage wohl zur Gänze verstünden. Die Erzielung einer Vereinbarung in dieser Frage würde den Abschluss eines Abkommens erleichtern. Wenn die Bundesrepublik die Respektierung der Grenzen verkünde, aber gleichzeitig die Absicht, diese zu verändern beibehalte, dann sei dies unzureichend. Wenn man zum Beispiel davon ausginge, dass wir eine Woche nach Abschluss eines Abkommens erklärten, dass wir nicht auf unsere Absichten verzichten wollten, welchen Wert hätte dann ein Gewaltverzichtsvertrag?

Hier müsse volle Klarheit herrschen. Dabei sei es durchaus möglich, über Formeln und Formulierungen zu diskutieren. Unter den vielen Formeln gebe es auch solche, die für uns annehmbar seien. Gromyko zitierte wieder mehrmals die Worte des Bundeskanzlers, die BRD sei bereit, die Grenzen zu achten, u. a. auch die Grenze zur DDR.

Ich nahm den Ausdruck „Achtung der Grenzen“ auf, wiederholte und erläuterte ihn. In politischer Hinsicht gebe es keinerlei Unterschied. Alle Grenzen müssen anerkannt werden, und dieses Prinzip sei in allen Fällen gleich verpflichtend. Darin seien wir offenbar derselben Meinung. Wenn man jedoch konkreter an die Frage der Grenzen herangehe, dann stelle sich heraus, dass unterschiedliche Grenzen verschiedenen Charakter hätten.

Ich erinnerte an das Potsdamer Abkommen und an die Oder-Neiße-Linie, an die Erklärungen, welche die drei Mächte des Öfteren abgegeben hatten, und an die entsprechenden Artikel im Deutschland-Vertrag. Wie bekannt, habe die Bundesregierung weder vor, etwas an den Kompetenzen der vier Mächte, noch an unseren Beziehungen zu den drei Mächten etwas zu ändern. Im Wesentlichen sei wohl klar, dass eine Wiedervereinigung ohne Formalisierung der Oder-Neiße-Linie undenkbar ist.

Gromyko erklärte, die Partner des Potsdamer Abkommens hätten die Frage der Grenzen behandelt, hätten jedoch keine Einteilung in juristische und politische Grenzen vorgenommen. Außerdem dürfe man nicht vergessen, dass sich seit den Verhandlungen in Potsdam zwei deutsche Staaten gebildet haben. Die von mir verwendete Formel, nach der ein Gewaltverzichtsvertrag die Achtung der Grenzen vorsehe und ein Friedensvertrag diese bestätige, gefiel Gromyko ganz gut.

Es ist vorstellbar, dass darin eine Möglichkeit zu Annäherung enthalten ist. Die sowjetische Seite hat wohl kaum gemerkt, dass unsere Formulierung von der Achtung der Grenzen durch die Bundesregierung nur diese bindet, die Regelung der Grenzfrage mit einer gesamtdeutschen Regierung auf Grundlage eines Friedensvertrages jedoch nicht vorgreift. Bisher habe ich auf diese mögliche unterschiedliche Interpretationsweise nicht hingewiesen. Es sei unumgänglich, auch die Grenze zwischen der BRD und der DDR gleichermaßen zu achten, dies bedeute jedoch keine Absage der beiden Staaten an eine Wiedervereinigung (wenn auch auf unterschiedlicher Grundlage). Jene, die weiterhin die Wiedervereinigung forderten, dürften nicht der Nichteinhaltung ihrer Verpflichtungen bezüglich des Gewaltverzichts und der Respektierung der Grenzen bezichtigt werden. So sei die Lage in Deutschland.

Gromyko wiederholte, dass die Frage der Oder-Neiße-Grenze prinzipiell in Potsdam gelöst worden sei. Der Friedensvertrag könne das lediglich offiziell bestätigen (über den Zusammenhang mit dem Deutschland-Vertrag wolle er nicht weiter sprechen).

Gromyko merkte an, dass eine Zielsetzung wie die Wiedervereinigung gerechtfertigt sei, auch wenn sie die derzeit bestehende Ordnung infrage stelle. Für die praktische Politik sei sie

* RGANI, F. 5, op. 62, d. 695, S. 64–71. – Stempel: „14734.“

im Übrigen nicht von großer Bedeutung. Die Wiedervereinigung habe nichts mit dem Gewaltverzicht zu tun. Beide Staaten hätten ihre Vorstellungen und Ziele; es gehe um die Achtung oder Nichtachtung der Grenzen.

Ich erklärte, dass ich in den ganzen vergangenen zwei Jahren nicht so viel über die Wiedervereinigung gesprochen hätte wie bei diesen zwei Treffen. Danach bestätigte ich, dass der Wunsch nach Wiedervereinigung bei beiden Staaten aufrecht bleibe und dies keinen Verstoß gegen die Verpflichtungen bezüglich des Gewaltverzichts und der Achtung der Grenzen darstelle.

II

Die Sowjetunion gehe, wie Gromyko erneut erklärte, davon aus, dass im Gewaltverzichtsvertrag mit der BRD nicht nur allgemeine Prinzipien enthalten sein, sondern auch die konkreten Grenzen erwähnt werden müssten. Außerdem müssten alle Verträge in ihrer Form und ihren Formulierungen ähnlich sein. Ich antwortete, die allgemeine Formulierung im Vertrag über den Gewaltverzicht mit der Sowjetunion müsse alle anderen bilateralen Verträge miteinschließen, ohne diese zu erwähnen. [„]Wir dürfen nicht zulassen, dass der Eindruck entsteht, wir würden Entscheidungen für andere Staaten treffen, insbesondere für Polen und die DDR. Ich bin jedoch vollkommen einverstanden, dass wir mehr oder weniger ähnliche Formeln finden, aus denen der Zusammenhang der einzelnen Verträge ersichtlich wird.[“]

Gromyko sprach beiläufig die entsprechende Frage an, die ich am Freitag gestellt hatte (hat die Sowjetunion das Recht, eigenständig Abkommen mit der BRD zu schließen oder wartet sie auf eine Entscheidung Ulbrichts?), und erklärte, dass in allen Verträgen alle Grundsatzfragen angesprochen werden müssten. Außerdem müssten alle miteinander zusammenhängenden Probleme als ein Komplex behandelt werden. Alle sozialistischen Länder seien sich in der Bewertung dieser Frage einig. Die Erzielung einer Übereinkunft zwischen der Sowjetunion und der BRD erleichtere den Abschluss von Verträgen mit anderen sozialistischen Ländern.

III

Bezugnehmend auf Berlin erklärte Gromyko, dass das Prinzip der territorialen Integrität auch auf Westberlin ausgeweitet werden müsse. Dies müsse berücksichtigt werden, wenn die Sowjetunion mit den drei Mächten Verhandlungen über Berlin führe. Die Position der Bundesregierung erschwere die Lage. Damit meinte er die Sitzungen der Bundestagskomitees und die Anwesenheit des Bundes allgemein. Die eigenständige politische Einheit Westberlin könne normale Beziehungen mit allen Staaten unterhalten, natürlich auch mit der BRD. Im Laufe ihrer Verhandlungen werde die Sowjetunion nur das Ziel verfolgen, den Spannungsherd in und um Berlin zu beseitigen. Er fragte direkt, ob die Bundesregierung vorhabe, alle Prinzipien des Gewaltverzichts auf Westberlin auszuweiten.

Ich erinnerte vor allem an die Rechte der vier Mächte und fuhr danach fort: „Im vollen Bewusstsein der Bedeutung meiner Worte erkläre ich Ihnen, dass ich, nachdem ich Ihren Standpunkt gehört habe, große Schwierigkeiten für unsere Verhandlungen vorhersehe. Eine selbständige politische Einheit, eine Art dritten Staat in Deutschland, wird es nicht geben, denn niemand wird sich darauf einlassen: weder die drei Mächte, noch die Berliner, und schon gar nicht die Bundesregierung. Man kann nicht von der Erhaltung des Status quo sprechen und gleichzeitig versuchen, diesen zu verändern“.

Sollte eine Reihe von Verträgen über den Gewaltverzicht geschlossen werden, dürfe Berlin nicht als Zankapfel übrigbleiben. Es dürften keine Schwierigkeiten im zivilen Verkehr, der Integration in internationale Verträge sowie bei Reisen von Berlinern mit Reisepässen der Bundesrepublik entstehen. So wie sich die Sowjetunion mit der DDR beraten werde, so würden wir uns auch mit den drei Mächten beraten. Wenn die vier Mächte zu einem Übereinkommen gelangen, dann werde die Bundesregierung dieses auch einhalten.

Es war erstaunlich, dass Gromyko dem von mir dargelegten Standpunkt in der Frage unserer Verbindungen zu Berlin nicht widersprach. Diesen Teil des Gesprächs beendete er lediglich mit der Wiederholung seiner Bemerkung darüber, dass alle Prinzipien des Gewaltverzichts auch auf Berlin ausgeweitet werden müssten.

Er informierte mich darüber, dass die Sowjetunion ihre Antwort an die drei Westmächte vorbereite, mit dem Vorschlag, die Verhandlungen in naher Zukunft zu beginnen.

IV

Gromyko verurteilte die Tatsache, dass die Erklärungen der Bundesregierung in der Frage der Alleinvertretung nicht ihrer praktischen Politik entsprächen. Wir sollten unsere Doktrin offiziell ändern und uns von ihrer Anwendung gänzlich verabschieden.

Ich erläuterte unsere Position. Die derzeitige Bundesregierung habe nicht vor, alte Thesen offiziell zu Grabe zu tragen, wie dies die Sowjetunion tue, wenn sie ihre Politik ändert. Die von Gromyko aufgeworfene Frage habe nichts mit Alleinvertretung zu tun. Wir würden unseren Standpunkt beharrlich vertreten, solange dies auch die DDR tue. Wenn die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten geregelt würden, dann werde sich auch der internationale Status der DDR, zum Beispiel innerhalb der internationalen Organisationen ändern. Wir schlössen eine Entwicklung in diese Richtung bis hin zur Aufnahme in die UNO nicht aus.

Nach einigen Divergenzen und einer Konsultation mit Semenov sagte mir Gromyko zum Abschluss: „Sie haben es anscheinend nicht eilig damit, mir alles zu sagen, was Sie sagen können. Sie verschweigen irgendetwas“.

V

Weiter erklärte Gromyko, die Sowjetunion werde nichts dagegen einzuwenden haben, wenn im Vertrag über den Gewaltverzicht einen Verweis auf die UN-Charta enthalten wird, in dem Sinne, dass sich beide Staaten an die Prinzipien und Ziele der Charta halten. Die Sowjetunion hätte keine Angst vor Artikel 2, an dessen Formulierung sie selbst beteiligt gewesen war. Es sei jedoch bei großen Verträgen üblich, sich allgemein auf die Charta zu beziehen, ohne einzelne Artikel zu nennen.

Ich behielt mir das Recht vor, auf diese Frage zurückzukommen, nachdem ich erklärt hatte, dass meiner persönlichen Meinung nach ein allgemeiner Verweis auf die UN-Charta ausreichend wäre, wenn wir vorher folgendes klären: Im Fall von Debatten im Bundestag werde die Bundesregierung als Antwort auf die entsprechende Frage erklären, dass der Fortschritt darin bestehe, dass die Sowjetunion, ebenso wie die drei Westmächte, sich nicht weiter auf die Klausel über feindliche Staaten beruft und sich in ihren Beziehungen mit der BRD an allgemeine Prinzipien hält.

VI

Bezugnehmend auf die europäische Konferenz für Sicherheit verwies Gromyko auf den positiven Einfluss auf die Einstellung aller sowjetischen Menschen gegenüber der Bundesrepublik, den eine positive Haltung der BRD hätte. Stellen wir Vorbedingungen, dann würde dies den derzeitigen Verhandlungen schaden.

Ich antwortete, dass es für uns nicht um Vorbedingungen für die Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz gehe. [„]Wenn die BRD und die Sowjetunion jetzt keinen Fortschritt bei der Normalisierung und der Entspannung der Lage erreichen, die – und dieser Meinung ist auch die sowjetische Seite – nicht Thema bei der europäischen Sicherheitskonferenz sein kann, aber dennoch so wichtig ist, dass der sowjetische Außenminister ihrer Erörterung so viel Zeit widmet (wofür wir ihm sehr dankbar sind), welchen Wert hat dann noch die europäische Konferenz zu Sicherheitsfragen?["] Außerdem sei der Zeitfaktor zu berücksichtigen. Es werde sich bald herausstellen, ob ein Abkommen zwischen uns erreicht werden kann. Letztendlich sei es ja nicht so, dass wir die drei Mächte zurückhalten müssten, die unbedingt

so rasch wie möglich eine europäische Konferenz zu Sicherheitsfragen einberufen möchten. [„]Wenn unsere Bemühungen für eine bilaterale Regelung, die uns am wichtigsten erscheinen, scheitern, dann wird man uns völlig zurecht fragen, warum wir immer noch den Russen nachlaufen. Mir ist wichtig, dass die sowjetische Regierung versteht, dass es nicht um Vorbedingungen geht, sondern um die politische Tatsache des Lebens.[“]

Mir scheint, das wurde zur Gänze verstanden.

VII

Ich habe den Eindruck, dass Moskau unseren Standpunkt und die Grenzen unserer Möglichkeiten ziemlich genau kennt. Gromyko geht von einem offiziellen zu einem geschäftsmäßigen Ton über, beginnt Argumente vorzubringen, wird hin und wieder freundlich. Der Meinungsaustausch ermöglichte es, die Standpunkte in einer ganzen Reihe von Fragen anzunähern. Die von Gromyko geäußerte Bereitschaft zur Erörterung der für uns akzeptablen Formulierungen muss unbedingt überprüft werden, bevor Schlussfolgerungen darüber gezogen werden können, ob eine Erörterung der Texte sinnvoll ist.

Die Entscheidung darüber, ob wir ihm zu diesem Zwecke ein Treffen am Freitag vorschlagen sollen, möchte ich in Abhängigkeit vom Gespräch mit Semenov geben, das morgen Mittag stattfinden wird. Es ist zu berücksichtigen, dass innerhalb der sowjetischen Führung ein intensiver Meinungsaustausch im Gange ist, der wohl noch einige Tage andauern wird.

Jede falsche Äußerung aus Bonn und insbesondere natürlich jede Taktlosigkeit kann hier viel kaputt machen. Weder Pessimismus noch Optimismus sind angebracht.

Nach dem Besuch beim englischen Botschafter am 2. Februar treffe ich mich heute mit dem französischen und morgen mit dem amerikanischen Botschafter.

F. d. R.: Der Leiter der Ersten Hauptverwaltung des Komitees für Staatssicherheit beim Ministerrat der UdSSR

A. Sacharovskij³

³ Hs. unterzeichnet.